

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 66, Cindrasstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Cindrasstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Südslawisch-griechisches Bündnis.

Wiederherstellung der Einheit.

Belgrad, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Amlich wird mitgeteilt, daß am Dienstag in später Abendstunde in Athen ein Bündnisvertrag zwischen Südslawien und Griechenland unterzeichnet worden ist. Die Verhandlungen über diesen Vertrag haben fast ein halbes Jahr in Anspruch genommen. Gleichzeitig ist ein Handelsvertrag unterzeichnet worden.

Dieser Pakt knüpft an den vor etwa Jahresfrist von Südslawien getätigten Bündnisvertrag von 1913 zwischen beiden Ländern an. Südslawien sah sich zur Kündigung veranlaßt, weil Griechenland die Wünsche Südslawiens nach Vergrößerung der Freizone im Saloniker Hafen und deren Stellung unter südslawischer Hoheit, Abtretung der Verwaltung der Bahnlinie Gemgeli-Saloniki an Südslawien und Gewährung eines Aufsichtsrechts über die slawischen Minderheiten in Griechisch-Mazedonien, abgelehnt hatte. Griechenland gewährte nur eine Vergrößerung der südslawischen Freizone, was es auch im vergangenen Jahr tun wollte, während Südslawien auf die Stellung dieses Direktoriums unter seine Hoheit verzichtet. Die Bahnstrecke Gemgeli-Saloniki bleibt unter griechischer Verwaltung, während den südslawischen Wünschen insoweit entgegengekommen wird, als Südslawien das Recht gewährt wird, aus und nach der Saloniker Freizone plombierte Waggons senden zu können, die der griechischen Kontrolle nicht unterliegen sollen. Da aber vom Warenverkehr auf dieser Strecke 95 Proz. auf Südslawien entfällt, verfügt Südslawien nun tatsächlich über diese Linie. Auch in der Frage der slawischen Minderheiten Griechisch-Mazedoniens ist Griechenland den südslawischen Wünschen entgegengekommen. Es hat für diese Minderheiten, die etwa ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, Südslawien ein gewisses Aufsichtsrecht eingeräumt. Indessen ist dieses Aufsichtsrecht für Südslawien von geringer Bedeutung, sehr wichtig ist dagegen der analoge Schluß, den Südslawien ziehen lassen will, so wie in Griechisch-Mazedonien angeblich nicht eine bulgarische, sondern eine serbische Bevölkerung vor-

handen ist, dies auch für Südslawien gelte. Es scheint, daß das griechische Entgegenkommen in diesem Punkt für Südslawien jetzt, wo Bulgarien das mazedonische Problem vor dem Völkerverbund zu bringen droht, von so großer Bedeutung war, daß es alles andere mit in Kauf nahm und schließlich den Vertrag abschloß.

Die Einigung zwischen den beiden Ländern stärkt zweifellos beide auch nach außen hin. Sie kann außerdem den Keim eines Balkanpaktes bilden, den seinerzeit Athen vorgeschlagen hat, der in Belgrad aber eine schlechte Aufnahme fand, solange die jetzt im Vertrag gelösten Fragen zwischen den beiden Ländern nicht geregelt waren. Da auch Rumänien dem südslawischen Vorbehalt beigetreten war, muß man jetzt annehmen, daß nunmehr dem Abschluß eines solchen Paktes keine Hindernisse mehr im Wege stehen.

Befriedigung in England.

London, 18. August. (E.P.) Der Abschluß des südslawisch-griechischen Handelsabkommens sowie des Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrages wird in England begrüßt, da er einen Schritt vorwärts auf der von England unterstützten Politik bedeutet, die eine Beruhigung des Balkans zum Zwecke hat. Aus diesem Grund wird der Schritt der griechischen Regierung, mit Bulgarien Verhandlungen über ein Handelsabkommen und vielleicht auch über einen Freundschaftsvertrag aufzunehmen, eine vielleicht noch größere Bedeutung beigelegt. Die „Times“ richten nochmals an Südslawien eine Mahnung zur Mäßigung gegenüber Bulgarien. Ein Schritt des Völkerverbundes liege sehr wohl im Bereich der Möglichkeit, da der Artikel den Völkerverbund schon dazu verpflichten könne, wenn auch nur eine Macht ihn um Intervention ersuche. Die jetzt gespannte Lage verlange die sorgfältigsten Anstrengungen der Großmächte, jede weiteren unliebsamen Vorkommnisse an der bulgarischen Grenze zu verhindern. Bulgariens schwierige Lage gegenüber den mazedonischen Komitatsschis müsse berücksichtigt werden.

Der Norddeutsche Bund.

60 Jahre allgemeines Wahlrecht.

Heute vor sechzig Jahren, am 18. August 1866, wurde der Norddeutsche Bund gegründet und damit die Grundlage für die Schaffung des Deutschen Reiches gelegt, das fünf Jahre später entstand. Die herkömmliche Geschichtsschreibung sieht in jener Zeit nichts anderes als eine Aera von Blut und Eisen und weiß aus ihr keine andere Schlußfolgerung zu ziehen als die, daß Krieg und Monarchie und überragende Persönlichkeiten wie Bismarck die Schöpfer alles Großen seien. So schreibt auch die „Tägliche Rundschau“ heute in einem kurzen Rückblick auf die damaligen Ereignisse:

„Das feste Gefüge, welches Bismarck dem Norddeutschen Bund und später dem Deutschen Reich gab, ließ letzteres auch die schweren Erschütterungen des Weltkriegs und die ihm durch diesen geschlagenen Wunden überleben.“

Die Gestalt Bismarcks ist uns heute zeitlich so weit entrückt, daß ihr auch ihre politischen Gegner von einst mit vollkommener Objektivität gegenüberstehen können. Für Politiker aller Parteien ist heute von Bismarck manches zu lernen, wobei freilich nicht übersehen werden darf, welcher ungeheurer Wandel der Dinge seit seiner Zeit sich vollzogen hat. Können wir uns es überhaupt noch vorstellen, daß die Gründung des Norddeutschen Bundes die Folge eines blutigen Krieges war, der zwischen deutschen Volksstämmen geführt wurde? Daß die deutsche Monarchie überhaupt erst in ihrem letzten Ausklang ein innerlich befriedetes Deutschland gesehen hat?

Dieses Deutschland, dessen Grundlagen heute vor sechzig Jahren durch die Gründung des Norddeutschen Bundes gelegt wurden, hat, wie die „Tägliche Rundschau“ richtig bemerkt, die schweren Erschütterungen des Weltkriegs überstanden. Wodurch wurde das Gefüge, das Bismarck dem Norddeutschen Bund und später dem Deutschen Reich gab, so fest, daß jener ungeheure Anprall überwunden wurde und die innere Einheit erhalten blieb? Der Norddeutsche Bund und das Deutsche Reich, wie Bismarck sie geschaffen hatte, beruhten auf einem Bund der Fürsten. Die Fürsten sind verschwunden, aber das Reich ist geblieben.

Am 9. April 1866 hatte Preußen den Vorschlag gemacht, eine deutsche Nationalversammlung einzuberufen, die aus allgemeinen, direkten Wahlen hervorgehen sollte. Am 10. Juni hatte es in einer Zirkulardepesche diesen Vorschlag erneuert und einen Verfassungsentwurf vorgelegt, dessen Artikel IV besagte:

„Die Nationalvertretung geht aus direkten Wahlen hervor, welche nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmen sind.“

Am 18. August nahmen dann, in Auswirkung der trügerischen Ereignisse Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Sachsen-Koburg und Gotha, die beiden Schwarzburg, Waldeck, Reuß j. L., die beiden Lippe und die drei Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck den preussischen Vorschlag an. Das war der Geburtstag des Norddeutschen Bundes.

Bismarck war, als er nach seinem eigenen Ausspruch das allgemeine Wahlrecht „in die Pfanne warf“, gewiß alles andere als ein Demokrat. Aber er hatte die Erfahrung hinter sich, daß auch ein Parlament, das nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt war — dem elendesten Wahlsystem, wie er sagte, das je erdacht worden ist —, der Regierung äußerst unbequem werden konnte. Er glaubte nach dem Vorbild Napoleons III. die Massen gegen das aufässige Bürgerium mobil machen zu können. Aber darüber hinaus war er sich wohl auch dessen bewußt, daß das allgemeine Wahlrecht zwischen dem werdenden deutschen Staatswesen und dem letzten seiner Bürger eine seelische Verbindung schuf. Daß die Agitation Lassalles nicht ohne Eindruck auf ihn geblieben war, ist durch viele Quellen bezeugt. Als kühl rechnender Realpolitiker nahm er die Mittel zur Erreichung seines Zieles, wo er sie fand. Und so scheute sich der ultrareaktionäre Junker von einst, der heißblütigste Gegner der Revolution keineswegs, auf das revolutionäre Reichswahlgesetz vom 12. April 1849 zurückzugreifen, das der schwarzrotgoldenen Frankfurter Nationalversammlung seine Entstehung verdankte.

Der Reichstag des Norddeutschen Bundes, später der des Deutschen Reiches, wurde nach allgemeinem, direktem Wahlrecht gewählt. Diese deutsche Nationalvertretung, deren Wurzeln bis zur Paulskirche zurückreichen, ist es, die den Sturm des Weltkriegs überstanden hat und durch deren Fortbestehen auch das Fortbestehen des Reiches gewährleistet wurde. Die Throne fielen, der Reichstag blieb. Die Grundlagen, auf denen er steht, sind erweitert worden. Das allgemeine direkte Wahlrecht wurde von der Sozialdemokratie, als sie durch die Revolution zur Herrschaft gekommen war, auch auf die Frauen ausgedehnt und durch das Verhältnisystem eine gerechte Vertretung aller politischen Strömungen im Volk gesichert. Zugleich erfuhr auch die Besetzung des Reichstags eine gewaltige Ausdehnung: die Souveränität der Fürsten ging im wesentlichen auf ihn über.

Wenn der alte Satz wahr ist, daß die großen Stürme der Weltgeschichte das Morche weglegen, während das Lebensfähige sich organisch weiterentwickelt, dann sollen alle politisch Denkenden ihn auf die Ereignisse seit der Gründung des Norddeutschen Bundes anwenden und daraus ihre Lehre ziehen. Diese Mahnung gilt vor allem für jene Kreise, die sich selber mit Vorliebe „national“ nennen, während ihre Tätigkeit doch im wesentlichen nur darin besteht, gegen das

Der Fall Gürtner.

Einleitung der Voruntersuchung gegen den „Vorwärts“.

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin I hat wegen unserer Angriffe gegen den bairischen Justizminister Dr. Gürtner auf Antrag des bairischen Justizministers die Voruntersuchung gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ eingeleitet.

Londoner Zuspruch an Spanien.

Damit es in Genf keinen Unfug mache.

London, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Der amtliche englische Funtendienst meldet: Die britische Haltung bei der kommenden Sitzung der Studentenkommision, in der Lord Cecil Großbritannien vertritt, ist immer noch die, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund unter Einräumung eines ständigen Ratsstimmes allen anderen Erwägungen vorgehen muß. Es herrscht die Ansicht vor, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen das einzige Mittel für eine schnelle Lösung des Problems dieses Vorgehen ist. Durch Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund werde der Einfluß und die Autorität des Völkerverbundes in Europa und in der Welt außerordentlich vergrößert, und man hofft, daß aus diesem Grunde Spanien bemüht sein werde, an der Lösung der Weltprobleme und auch des Wiederaufbaues Europas mitzuarbeiten.

Beamtenunruhe in Frankreich.

Trohender Abbau.

Paris, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Dem Kabinettsrat am heutigen Tage sieht man mit Spannung entgegen, da er die ersten großzügigen Sparmaßnahmen festlegen wird. Das Sparprogramm des Ministers Marin soll durchgreifende Veränderungen in den direkten Steuern und vor allem eine starke Verminderung der Beamtenschaft im Auge haben. Dadurch soll rund 1 Milliarde Franken erspart werden. Verschiedene Beamtenverbände haben bereits durch Delegierte bei der Regierung und speziell beim Handelsminister Bokanowski vorgeschrien, um die starke Beunruhigung innerhalb der Beamtenschaft über die Abbaupläne zum Ausdruck zu bringen. Die Reform der direkten Steuern ist schon oft angekündigt, aber nicht durchgeführt worden. Das französische direkte Steuersystem ist ohne Zweifel veraltet. Aber es gehört bedeutend mehr Zeit und ein bedeutend mehr durchgearbeitetes Programm dazu, eine derartige grundlegende Reform durchzuführen, als Poincaré in der kurzen Zeit seiner Regierung zu schaffen in der Lage wäre.

Keine Zusammenkunft Poincarés mit Mellon.

Paris, 18. August. (E.P.) „Petit Parisien“ erklärt, ein Poincaré unmittelbar unterstellter Mitarbeiter habe ihn ermächtigt, die Nachricht formell zu dementieren, daß im Augenblick eine Begegnung zwischen Poincaré und dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon in Erwägung gezogen werde.

Die große Friedensschau.

Eröffnung des Kongresses.

Paris, 18. August. (E.P.) In Bierville wurde am Dienstag der internationale demokratische Friedenskongress offiziell eröffnet. Am Abend fand ein Bankett statt, bei dem etwa 3000 Kriegsteilnehmer versammelt waren. Nachher wurde ein Unglück veranlaßt, in dem die Fahnen aller Großmächte mitgeführt wurden. Der Zug begab sich nach dem Freilichttheater vor der Stadt, wo Deputierter Marc Sangnier in Anwesenheit von 10000 Personen die offizielle Eröffnungsrede hielt. Painlevé, der nicht anwesend sein konnte, hat einen Brief an den Kongress geschickt, der verlesen wurde. Im Namen Deutschlands sprach Professor Dr. Pfah von der Universität Bonn, der erklärte, daß er dem Kongress das Versprechen der eifrigen und pflichtbewussten Mitarbeit seiner Landsleute in der Friedenssache überbringen könne. Das Friedenswerk werde erst vollkommen sein, wenn die nationalen Standpunkte im Völkerverbund verschwinden und wenn die Tätigkeit aller Völker auf ein gemeinsames Ziel gerichtet sein werde. Nachdem noch ein englischer und ein belgischer Delegierter gesprochen hatten, wurde die erste offizielle Versammlung als geschlossen erklärt. Heute, Mittwoch, wird der frühere italienische Ministerpräsident Nititi erwartet.

Die Eisenpaktverhandlungen.

Eine Erklärung der französischen Interessenten.

Paris, 18. August. (E.P.) Zu den verschiedenen Gerüchten über den Stand der Eisenpaktverhandlungen wird vom Comité des Forges erklärt, daß es sich bei Verhandlungen von einem derartigen Ausmaß nicht um genaue zahlenmäßige Feststellungen, sondern nur um eine Verständigung handele, deren Ziel die Zusammenarbeit und nicht der Wille sei, auf jede Weise die Konkurrenz zu besiegen. Die Einigung sei natürlich nicht leicht, weil sich noch nicht alle Industriellen an die notwendige Disziplin gewöhnen hätten. Das Problem bestehe im Grunde genommen darin, die Weltproduktion und die Bedürfnisse der nationalen und internationalen Märkte abzusöhnen, und eine Methode für die Verteilung der Produktion zu finden. Es handele sich nicht darum, die Produktion zu beschränken, sondern die wilde Konkurrenz zu verhindern. Die offiziellen Verhandlungen dauerten fort und man hoffe, im Laufe des nächsten Monats eine solide Einigung zu erreichen.

Feste Börse.

Die heutige Börse war wiederum sehr fest. Das Interesse der Börse wandte sich wieder allen bevorzugten Papieren der letzten Zeit zu. Insbesondere Harpener Bergbau und Rheinische Braunkohle, ferner Oberlofs, Scheidmandel und von Elektropapieren Siemens und AEG. Der bevorstehende Brauarbeiterstreik wirkt ungünstig auf die Kurse der Brauereistellen zurück. Der Geldmarkt bleibt leicht. Am Devisenmarkt ist der französische Frank mit 173 gebessert.

anzurennen, was noch allein der Nation die Möglichkeit zum Leben und zur weiteren Entfaltung bietet. Von jenen Kreisen geht eine direkte Linie zurück zu den preussischen Konservativen, die vor sechzig Jahren die Gründung des Deutschen Reiches erbittert bekämpften und weiter zu jenen preussischen Junkern, von denen das Wort stammt, eine zweite Schlacht von Jena sei immer noch besser als die Bauernebefreiung.

Jene Kreise haben in der Kaiserzeit nicht nur der Ausdehnung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts auf die Parlamente der Bundesstaaten alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt, sie haben auch im Reich das gleiche Wahlrecht genau so verfehmt und beschimpft, wie sie heute die Republik verfeimen und beschimpfen. Ja, der alternde Bismarck hat selbst einmal mit dem Gedanken gespielt, dieses Wahlrecht, das der Sozialdemokratie so große Erfolge brachte, wieder zu beseitigen. Er hätte damit gerade das von seinem Werke zerstört, was ihm über den Weltkrieg hinaus Zusammenhalt und Festigkeit verliehen hat.

Der Norddeutsche Bund und das Deutsche Reich waren durch Blut und Eisen entstanden, durch Kriege und Annexionen, durch Streit und Bündnis der Fürsten. Einen wichtigen Teil des deutschen Volkes, den österreichischen, stießen sie hinaus. Es blieb unter der Hülle der Einheit noch eine Unmenge von Zersplitterung und Kleinstaaterei, es blieb die Rivalität der Dynastien, der Hohenzollern, der Habsburger, der Wittelsbacher, die bekanntlich bis in den Weltkrieg hinein ihre Rolle gespielt hat. Was heute vor zwei Menschenaltern entstand, war also noch äußerst unfertig. Was seitdem geworden ist, Beseitigung der Dynastien, der Privilegienwahlssysteme, gleiches Wahlrecht für beide Geschlechter zu allen Vertretungskörpern, Streben zur Einheitsrepublik, zum Anschluß Österreichs, das erscheint heute als ein logischer Prozeß, als ein organisches Hineinwachsen in neue Verhältnisse, als Befähigung des Willens zur nationalen Existenz.

Der Reim zu dieser Entwicklung wurde aber vor sechzig Jahren gelegt durch den Entschluß, eine deutsche Volksoberleitung auf Grund des Wahlrechts von 1849 zu schaffen. Und so ist der heutige Tag im Sinne einer wohlverstandenen deutschen Geschichte geeignet, nicht nur Bismarcks zu gedenken, sondern auch der Paulskirche und Ferdinand Lassalles.

Mahraun gegen Ehrhardt.

Ein „Führer“, der keiner ist.

Der wegen Meinelids und Hochverrats steckbrieflich verfolgte, schließlich „amnestierte“ Putschistenkapitän Ehrhardt macht den Versuch, sich in der Politik neue Lorbeeren zu erwerben, nachdem die putschistisch-militaristisch-falschheidischen verweilt sind. Dieser Versuch gibt dem Führer des „Jungdeutschen Ordens“, Artur Mahraun, Veranlassung, sich mit den Führerqualitäten Ehrhardts etwas näher zu befassen. Und zwar im Interesse der „nationalen Verbände“, als deren Führer Ehrhardt sich aufspielt.

Vorweg sei bemerkt, daß Mahraun als höflicher Mensch und um neuen Schimpfkanonaden die Spitze abzubrechen, bei Ehrhardt die Untadeligkeit des nationalen Willens anerkennt und von dem schon gar nicht erst spricht. Denn ein kleiner Meinelid macht den „nationalen“ Mann nicht anrüchig.

Aber die „Führer“-rolle, die Ehrhardt sich jetzt auch in innerpolitischen Dingen anmaßt, lehnt Mahraun entschieden ab. Er tut das mit jungen deutschen Argumenten, die aber auch für andere von Interesse sind. Da ist z. B. zu lesen:

„Es ist bekannt, daß bis vor kurzer Zeit Ehrhardt die Lösung innerpolitischer Fragen nur in der Nachtergreifung durch einen Militärputsch erblickte. Ehrhardt hat diese Ansicht auch in der Tat vertreten, indem er der Führer des Rapp-Putsch war. Der Rapp-Putsch brach zusammen, weil seine Träger, bei jedem politischen Anstehen, in dem Augenblick völlig hilflos dastanden, als sie die Macht ergriffen hatten. Wer die inneren

Zusammenhänge des Rapp-Putsch und die Wahrheit über das Verhalten seiner Führer kennt, der kann ihnen nur das Zeugnis ausstellen, daß sie für eine politische Führerrolle nicht mehr in Frage kommen können. Wer einmal die Macht in der Hand hatte und sie nicht zu gebrauchen verstand, der hat seine Rolle als Politiker ausgespielt.“

Aber auch nach dem Rapp-Putsch habe Ehrhardt „in der Vorstellung fortgelebt“, daß nur der Putsch die „nationale Erhebung“ verwirklichen könne. Wenn Ehrhardt in seinem bekannten Programm, das er seinem Vorstoß zur Schaffung des schwarzweißroten Blocks zugrunde gelegt hat, auch die Sätze einfügte: „Die Zeit, in der man durch einen Staatsstreich die Lage zu ändern glaubte, ist vorbei“ und „Wir wissen, daß heute jeder Staatsstreich, ob von links oder rechts, zum Tode verurteilt ist und die Not unseres Volkes nur erhöhen kann“, so antwortet Mahraun darauf:

Hiermit sind die politischen Grundsätze, welche Kapitän Ehrhardt der Organisation der nationalen Kräfte früher und heute zugrunde legt, so reiflos in das Gegenteil verandelt, daß Ehrhardt selbst die Fehlerhaftigkeit seiner politischen Ansicht von früher zugesteht.

Die neue Aktion, in den „Parteiismus“ hineinzusteuern, stößt bei Mahraun auf scharfen Widerstand. Das ist um so bemerkenswerter, als die Jungdeutschen Männer in Sachsen sich bereits unter die Führung Ehrhardts gestellt haben und sich an dem Druck auf Volkspartei und Deutschnationale zur schwarzweißroten Verschmelzung beteiligten. Mahraun sagt deshalb seinen Leuten das folgende:

In den Voraussetzungen und Folgerungen seines neuen Programms unterliegt Ehrhardt grundlegenden Irrtümern. Er rechnet damit, daß seiner Organisation Millionen von Stimmen zur Verfügung stehen werden. Dies ist ein Irrtum, da es ihm nie gelingen wird, auf dem von ihm bezeichneten Wege die genannten Parteien vollends zu einigen. Der grundlegende Irrtum seines ganzen Programms liegt in dieser Unmöglichkeit. Wenn einzelne Männer in den Parteien dem Programm Ehrhardts auch zustimmen würden, so würden doch andere derselben Partei an ihre Stelle treten und ungeniert neue Listen im nächsten Wahlkampf aufstellen. Eine Verhinderung der Wahlpropaganda dieser Parteien wäre nur durch Sprengungsversuche möglich. Wenn es auch Ehrhardt gelingen würde, solche Sprengungen zu vollziehen, so würde die von ihm vertretene Partei nur den Widerspruch der öffentlichen Meinung auf sich laden, und den Kämpfern der schon bestehenden Partei wäre es ein Leichtes, ihn aus der Rolle des Einigers in die Rolle des Störenfrieds hineinzudrängen. Es liegt klar auf der Hand, daß es ihm höchstens gelingen könnte, die Zahl der deutschen Parteien um eine neue zu vermehren. Sollte er seinen Plan durchführen, so weisage ich ihm schon jetzt, daß diese Partei bedeutungslos sein wird als alle Neugründungen und daß von einer Nachtergreifung durch die Wahl keine Rede sein kann.

Mahraun fordert deswegen alle seine jungdeutschen Brüder auf, dort, wo es noch möglich ist, von Ehrhardt und seinem Treiben abzurücken. Das ist vom Standpunkt des Jungdeutschen Ordens gesehen wahrscheinlich das einzig Richtige. Parteipolitisch könnte man allerdings nur wünschen, daß der Reichstag auch den Ehrhardt zu seinen Zierden zählen könnte. Dort auf dem Boden der nüchternen Tatsachen würde dieser Rationalist aller Putschisten wahrscheinlich bald dieselbe komische Rolle spielen, wie sein früherer Mitputschist und späterer Gegner Ludendorff.

Bedürfnis nach Trüffeln scheint, wenn eine Tokioter „Times“-Redaktion stimmt, der weiße „General“ Semenov zu haben; er „organisiert“ danach eine Expedition gegen Sibirien mit Unterstützung der japanischen Militärstellen in der Mandschurei. Semenov hat bereits in dieser Angelegenheit mit Wupesiu und Tchangtsolin Konferenzen abgehalten. An amtlicher japanischer Stelle wird eine Unterstützung bestritten.

Der Feierer.

Von Nikolas Krangosi.

Zwei Frauen auf dem Markt besorgen ihre Einkäufe. „Ach, halten Sie doch bitte die vier Pfund Butter einen Augenblick, bis ich die Zwiebel laufe.“

„Aber gerne.“
Nach wenigen Minuten kommt die Frau zurück.
„Wo ist denn meine Butter?“

„Ja, denken Sie nur, liebe Nachbarin, Sie waren noch kaum fort, da sprang mich Ihr Köter an, riß die Butter herunter und fraß sie auf.“

„Schrecklich! Vier Pfund Butter! Und mein Hund soll diese ganzen vier Pfund aufgefressen haben! Der Sache muß ich nachsehen.“ Sie nimmt den Hund hoch, trägt ihn zur nächsten Waage und wiegt ihn dort.

„Stimmt“, sagt sie ganz traurig, „genau vier Pfund; die Butter wäre da, wo aber ist mein Hund geblieben?“

Ich glaube, die Geschichte paßt sehr gut auf unsere Zeit. Kann uns nicht dieselbe widerfahren? Wenn diese künstlich-gewalttätige Jucht von großen Männern in diesem Tempo weitergeht, werden wir morgen nur noch gefeierte Menschen haben, in dessen Keinen, der sie feiert. Die Butter wird man finden, nicht aber uns.

Die Pantheone aller Länder sind mit Berühmtheiten schon vollgepfropft. Die Jubiläen und Gedenktage, die Geburts- und Todestage häufen sich zu unheimlicher Zahl. Es gibt schon Unternehmen, die die Jahreszahlen sogar von Kolumbus, von Barthold Schwarz und Gutenberg in Evidenz halten, die genau vermerken, wann der erste Film vorgeführt wurde, wann das erste Flugzeug aufstieg, wann man das Aspirin erlangte, wann das Buch „Der große Schmus“ erschien, wer aus Harzerlöse Rosenkätz gewannen und wer den lieben Herrgott bei den Beinen packte. Es werden sämtliche verstorbenen Generale, Politiker und Sardinienhändler en gros — von den wirklich Bedeutungslosen gar nicht erst zu reden — zu verdienstgemäher Würdigung hervorgeholt, und selbst die Gehängten feiert man zu ihrem Todestag. Es vergeht, mit einem Wort, kein einziger Tag, an dem nicht mindestens ein Jubiläum, Geburts- oder sonstiger Gedenktag feierlich begangen wird.

In diesem dazwischen Durcheinander wird, sofern wir täglich zehn Gedenktage haben werden, natürlich Ordnung geschaffen werden müssen. Es muß angefangen werden dieses permanenten Feierns ein System geschaffen und eine ökonomische Einrichtung getroffen werden, damit nicht Millionen und aber Millionen ihrer täglichen Berufspflicht fernzubleiben brauchen. Der Beruf des Feierns muß monopolisiert werden. In der Person des Feiernden, des Feierers, wird ein neuer Beruf entstehen. Der Feierer wird seine Festreden per Radio halten, die Festartikel der gesamten Presse zuschicken und auf Wunsch auch persönlich an Ort und Stelle erscheinen, um die Berühmtheiten für angemessenes Honorar zu bes feiern.

Der Feierer wird eine Art Geschäftsfreisender mit würdigen Festreden, Jubiläumsartikeln und sonstiger „greifbarer“ Ware in seiner Musterkollektion. Er wird das glückliche Gemisch eines Buchladengehilfen, eines nationalgesinnten Schriftstellers und eines Kabliners.

Er wird der einzige, der es verhindern kann, daß die Akademien aller Länder Festreden abhalten, von früh bis Mitternacht um die Wette feiern und nur noch solche Mitglieder aufnehmen, die sich durch Dose wahren der Festreden auszeichnen und sich zum Durchschnittlichen verhalten. Er wird als einziger berufen sein, dem Nichtstand zu steuern, daß die Akademien aus Zeitmangel verhindert sind, ihren Mitgliedern neue unsterbliche Größen einzureihen.

Eva Gore-Booth.

In England starb Miss Eva Gore-Booth, die besonders in der englischen gewerkschaftlichen Bewegung, doch auch als Vorkämpferin des Frauenstimmrechts, sowie als Pazifistin und als Dichterin in weiten Kreisen bekannt war. Miss Gore-Booth entstammte einer vornehmen Familie, die in Irland ansässig war. Im Alter von 22 Jahren verließ Miss Gore-Booth den irischen Familiensitz, ging nach Manchester und begann dort innerhalb der Gewerkschaften zu arbeiten. Eine ihrer ersten Arbeiten war die Organisation der Kellnerinnen, gegen die damals, angeblich aus moralischen Gründen, eine Bewegung eingeleitet hatte, die sie aus ihrem Beruf hinausdrängen wollte. Miss Gore hielt an einer Reihe von Orten Versammlungen ab und wählte das Gemeinschaftsgefühl in den Kellnerinnen zu erwecken, so daß sie sich zusammenschlossen und behaupten konnten. Denselben Erfolg erzielte sie, als man ver suchte, die weiblichen Artisten auszuschalten aus der Zirkusarbeit. Dann setzte sie sich ein für die Blumenverkäuferinnen in London, denen man ihre Straßentände nehmen wollte. Auch hier erreichte sie, daß man ihnen die Stände belasse. Sie ging immer von dem Standpunkt aus, daß Frauen das gleiche Recht auf Arbeit haben wie Männer, und sie trat für das Frauenstimmrecht ein, vor allem von dem Interesse der Arbeiterinnen ausgehend, für die sie gleiches Recht wie für männliche Arbeiter forderte. Sie hatte nicht selten sich durchzusetzen gegen den Widerstand männlicher Gewerkschaftsführer. In Manchester gehörte sie zu dem Kreise der bekannten Mrs. Bankhurst, der Führerin der englischen Frauenstimmrechtsbewegung. Nach London kam Miss Gore im Jahre 1910 und war dort vor allem in der pazifistischen Bewegung tätig. Sie hat auch während des Weltkrieges unabhängig und energisch in pazifistischem Sinne gearbeitet, Krieg und Gewalt in jeder Gestalt bekämpft. So verdient sie, daß wir auch in Deutschland dankbar über sie denken, wie es deut sicherlich viel englische Frauen vor allem in arbeitenden Kreisen tun. Henni Lehmann.

„Zahlenrausch“ der Amerikaner. In einer Londoner Zeitschrift „Architecture“ macht sich ein Schriftsteller über die amerikanische Praxis lustig, den Straßen Nummern statt Namen zu geben. Es ist aber nicht die „Bankrotterklärung der Phantasie“, die den Straßen Nummern gibt, als ob „irgendeine städtische Rechenmaschine bei ihnen Bate gestanden habe“. Eine Straße, die sich „Straight“ nennt, das ist Poésie, aber die Avenue, die die „Fünfte“ heißt, das ist

Bestrafte Vernunft.

Sozialdemokraten dürfen nicht gewählt werden.

Je härter in der kommunistischen Partei der Kampf der Meinungen tobt, je rücksichtsloser das Zentralkomitee der KPD. gegen alle linken Strömungen vorgeht, um so mehr muß es darauf bedacht sein, nach außen sein Gesicht zu wahren. Im Götter willen doch keine opportunistische Abweichung, das wäre furchtbar! So kommt dann eine offiziöse Verlautbarung zustande, die folgendermaßen ausschaut:

„Der kommunistischen Fraktion des Kreistages Ostpreußen wird von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg eine scharfe Mißbilligung dafür ausgesprochen, daß die Fraktion der Wahl des Sozialdemokraten Stiering zum Landrat zustimmte, ohne daß die Fraktion in einer Erklärung den scharfsten Protest gegen das Verhalten des Stiering als preussischer Handelsminister und gegen seine früheren Schandtat als zweiter Bevollmächtigter des D.M.B. Berlin und als Arbeitsnachweisleiter der Metallindustrie erhoben hat, und ohne daß die Fraktion eine Reihe von Arbeiterforderungen an die SPD. stellte. Es mußte in dieser Erklärung auch zum Ausdruck gebracht werden, daß die Fraktion nur für Stiering stimmte, um die Wahl eines deutsch-nationalen Landrats zu verhindern. Die Bezirksleitung kennzeichnet dieses Verhalten der Fraktion als eine opportunistische Entgleisung und fordert, daß sie künftig bei ihrer Tätigkeit die revolutionären Grundsätze anwendet, die die KPD. für die Tätigkeit unserer Genossen in den Parlamenten aufgestellt hat.“

Man sieht also, Vernunft ist immer noch strafbar bei den Kommunisten. Und wenn man schon mit Hängen und Bürgen ausnahmsweise mal zu einer vernünftigen Haltung sich entschließt, dann muß das nötige Brimborium gemacht werden, um diesen Sündenfall zu entschuldigen.

Noch mehr als Meistbegünstigung.

Soll Deutschland in Litauen erhalten.

Kowno, 18. August. (Rth.) Nach einer Mitteilung der „Litauischen Telegraphenagentur“ enthält der Entwurf eines russisch-litauischen Handelsvertrages, der vom litauischen Kabinett genehmigt wurde, neben der Meistbegünstigung auch Punkte, die in anderen Verträgen nicht enthalten sind; so z. B., daß die Zollfragen durch eine besondere Konvention geregelt werden und daß Vergünstigungen, die nach solchen Konventionen einem Staate gewährt werden, nicht für andere Staaten gelten, auch wenn diese das Meistbegünstigungsrecht genießen. Außerdem werde in die Reihe der Staaten, die größere Vergünstigungen genießen können, als das Meistbegünstigungsrecht sie festsetzt, auch Deutschland einbezogen. Die Vertragsverhandlungen sollen in Kowno geführt werden.

Indischer Parlamentsbeginn.

Eröffnungssprache des Generalgouverneurs.

Simla, 18. August. (Rth.) Der Generalgouverneur Lord Irwin eröffnete gestern die Tagung der gesetzgebenden Versammlung. Er sprach von der Befriedigung, mit der die Moslimmedien die Bevölkerung aufgenommen worden sei. Er beschränkte sich eingehend mit der Stellung der Indier in Südafrika, die er als die dringendste Frage bezeugnete. Die Verhandlungen darüber hätten ein befriedigendes Ergebnis gehabt. Er erwähnte den Erfolg der Kupfer-Anleihe und erklärte, die Währungsfrage werde eingebracht werden. Die Zusammenstöße zwischen den Religionsgemeinschaften behandelnd, erklärte er nachdrücklich, die Regierung habe keinerlei Absicht, sich durch unvernünftige Ansprüche oder Bedrohungen mit Gewalt von ihrer klaren Pflicht abbringen zu lassen, den öffentlichen Frieden und das Recht des einzelnen zu schützen.

Bei den südafrikanischen Gemeinderahlen flochten die Radikalen in 1415 Gemeinden und die Opposition in 539 Gemeinden, von denen 438 demokratische Vertreter wählten (darunter aber die Hauptstadt Beigrad, wo die Radikalen gespalten sind). Die noch ausstehenden Ergebnisse können an diesem Gesamtbild nichts Wesentliches mehr ändern.

Arithmetik, Mathematik. Die Amerikaner irren sich, wenn sie glauben, aus Mangel an Geschichte und Tradition ihren Straßen Namen geben zu müssen; sie sind zwar eine junge Nation, ihre Geschichte reicht aber vollständig aus, um den Haupt- und Nebenstraßen ihrer Städte wirkliche Namen geben zu können. Und was den Bankrott der Phantasie betrifft, welcher anderen Nation in der Welt ist es jemals eingefallen, jedem seiner erstklassigen Eisenbahnwaggons Namen zu geben. Nein, die Gründe, warum Amerika diese Methode ausübt, sind sehr nüchterner und praktischer Natur: Amerika numeriert seine Straßen nicht, weil es ihm an Geschichte oder Phantasie gebricht, sondern weil sein Gott der „Zahlenrausch“ ist. Die Verhältnisse werden sich jedoch vielleicht einmal so ändern, daß die amerikanischen Straßen Namen erhalten und nicht auf dem War dieser Gottheit geopfert werden. Aber Autos, Motorräder und Radio müssen eine gewisse dezentralisierende Wirkung ausüben. Erst wenn die sieberhafte Erregung der Menschen und Städte abflaut, dann werden die numerierten Straßen allmählich wirkliche Namen bekommen und man wird dann in Amerika in einer „Roosveltstraße“ oder „Ballnuthbaumallee“ oder „Sonnenuntergangstraße“ wohnen können, denn niemand, nicht einmal der praktische Amerikaner, lebt gern in der 127. oder 318. Straße. Es gibt kluge Leute in New York, die diese Entwicklung prophetisch vorausschauen und ihre geschäftlichen Interessen bereits auf diese Kenntnis einzustellen beginnen.

Tödliche Schallwellen? Lange Zeit ist die öffentliche Meinung durch die Nachricht beunruhigt worden, daß man bestimmte Strahlen erfunden habe, die auf weite Entfernung zu töten vermögen. Noch immer fehlen die näheren Mitteilungen über diese Strahlen, und man hat wohl mit Recht von vornherein an ihrer Existenz gezweifelt. Nun will der Professor Goldmann von der Universität New einen Apparat erfunden haben, der gefährliche Schallwellen hervorbringt. Nach seiner Behauptung besitzen die von ihm erzeugten Schallwellen eine solche Gewalt, daß man mit ihnen jedes Lebewesen auf weite Entfernung vernichten kann. In den ukrainischen Zeitungen ist zu lesen, daß der Erfinder zum Ausbau seiner Erfindung von der ukrainischen Regierung Unterstützung erhält. Man kann nur hoffen, daß die Nachricht über dieses mysteriöse Vernichtungsmittel sich als Ungeheuer erweist.

Die Herzkrone im Grammophon. Die amerikanischen Ärzte haben in der Anwendung der grammophonischen Beobachtung der Herzgeräusche neue erhebliche Fortschritte gemacht. Durch die Zusammenarbeit zwischen den Medizinern und den führenden Telephon- und Grammophonfirmen ist es gelungen, die Empfindlichkeit der Apparate auf äußerste zu steigern, so daß jetzt über 500 Zuhörer gleichzeitig die Geräusche eines einzigen menschlichen Herzens in ausreichender Verklärung hören können. Die Apparate sind bereits in medizinischen Unterricht eingeführt, in dem nunmehr die Studenten zum ersten Mal ein einwandfreies akustisches Bild der typischen Herzkrankheiten übermittelt bekommen.

Die Vierländer-Ausstellung in Kronprinz-Belais mit ihren Berlin jüngerer Kaiser aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten wird am Donnerstag geschlossen.

Die Sowjetrussische Elektro„fktion“.

Was die Arbeiterdelegationen nicht erfahren.

Es ist bekannt, welche eminente Bedeutung die Sowjetregierung der Elektrifizierung des Landes beimiht. Sie folgt hierbei den Geboten Lenins, der seine Bemerkung der Rolle der Elektrifizierung in die berühmte Formel kleidete: „Der Sozialismus — das ist die Sowjetmacht plus Elektrifizierung“. Man sollte meinen, daß bei einer solchen Einstellung zu dem Wert der Elektrifizierung die Fortschritte auf diesem Gebiet besonders augenfällig, die Erfolge des Sowjetstaates in dieser Richtung geradezu hervorragend seien.

Doch die Praxis belehrt uns eines anderen. In der „Pravda“ vom 8. Juli wird das Fazit der Elektrifizierungsarbeiten gezogen, die als äußerst unbefriedigend dargestellt werden: „Indem wir jetzt die Bilanz der fünfjährigen Bauarbeit ziehen, müssen wir — Partei und Sowjetmacht — mit Entschiedenheit feststellen, daß man auf diese Weise nicht weiter bauen kann.“ Im einzelnen wird dann auf die Mängel der Elektrifizierungsarbeiten hingewiesen. Der Artikelschreiber führt aus:

„Das Wichtigste ist die anhaltende Planlosigkeit, die völlig unbegründlich und durch nichts zu rechtfertigen ist. Große Werke werden ohne im einzelnen ausgeführte technische Entwürfe errichtet, wobei Baufristen nicht vorgesehen, Finanzierungspläne nicht im voraus bestimmt sind. Das Geld des Volkes beginnt durch verschiedene Flüsse und Kanäle danonzuschwimmen, und nicht immer werden alle hundert Prozent zweckmäßig verausgabt. Wir meinen nicht nur einfache Verunreinigungen, die bei den Elektrifizierungsarbeiten leider oft festzustellen waren; wir meinen auch nicht jene unwirtschaftlichen Methoden, nach denen die Errichtung eines kleinen Kraftwerkes von 5000 Kilowatt mit der Anschaffung von drei oder vier Personenkraftwagen beginnt; sondern wir meinen jene weit schädlichere Unwirtschaftlichkeit, die sich in der mangelhaften Durcharbeitung der Entwürfe äußert. Man baut ein Gebäude für eine Leistung von 26 000 Kilowatt und stellt einen Generator nur für 6000 Kilowatt; man wirt Geld hinaus für die Durchführung eines Entwurfes, der sich während der Arbeiten als unzulänglich erweist, worauf alles niedergebissen und neu gebaut wird.“ Der Artikelschreiber führt hierfür eine Anzahl von Beispielen an: „Bei den Wolchow-Werken wird eine völlig unnütze Seilbahn nebst Zufahrtstrassen errichtet; eine Energieübertragungsstrecke Sierowka-Almasnaja-Morjewskaja wird (für 2 Millionen Rubel) gebaut, die nicht wird benutzt werden können; in Tschkent wird ein hydraulisches Werk ohne vorherige geologische Beobachtungen errichtet, woraus sich eine Katastrophe ergibt; in Kiew wurde am Fluße Dnepr ein Kraftwerk gebaut, dessen Bau eingestellt worden ist, weil sich seine vollkommene Unzulänglichkeit erwiesen hat usw.“

Der Artikelschreiber betont, daß das Fehlen jeglichen Planes auch darin zum Ausdruck kommt, daß der Bau von Kraftwerken mit den allgemein volkswirtschaftlichen Plänen nicht in Einklang gebracht wird. Es wird nicht im vorhinein festgestellt, ob denn überhaupt Abzweigmöglichkeiten für die von den neu zu errichtenden Werken gelieferte Energie vorhanden sind; neben Kraftwerken, die für ganze Bezirke errichtet werden, werden Energieerzeuger in einzelnen Betrieben gebaut, die sehr leicht von den Bezirkszentralen versorgt werden könnten.

„Das Ergebnis ist“, meint der Artikelschreiber, „daß wir infolge dieser Mißbilligkeiten, dieses Durcheinanders, dieser Planlosigkeit und Unwirtschaftlichkeit Kraftwerke haben, die uns zu teuer zu stehen kommen, und zu teurem Strom bekommen. Im Ausland kostet der Strom für Industriewerke den Bruchteil einer Kopete, bei uns beträgt der Selbstkostenpreis des von einem Bezirkswerk gelieferten Stromes 3—4 und bisweilen auch mehr Kopeten pro Kilowatt.“

Über die Elektrifizierung des Dorfes heißt es in dem Artikel: „Das Chaos ist dort natürlich noch größer. Schließlich bekommen wir Kraftwerke mit einem Strompreis pro Kilowatt von 0,25 bis 1 Rubel (50 Pf. bis 2 M.). Es braucht nicht gesagt zu werden, daß solche Kraftwerke lebensunfähig sind, und in der Tat haben wir bereits ländliche Kraftwerke, die mit großen Aufwendungen gebaut worden sind und die, weil unrentabel, geschlossen werden mußten.“

Auf dem Gebiete der Elektrifizierungsarbeiten scheint demnach das Chaos noch größer zu sein als in den alten Industriezweigen.

Rußland verlangt Bessarabien.

Nach wie vor.

Moskau, 18. August. (M.T.B.) „Iswestija“ weist in einem Leitartikel auf das aktive Verhalten der rumänischen Regierung in der Bessarabischen Frage hin und hebt die von einem Teil der Presse gebrachten, durch Bukarest beeinflussten Meldungen über eine angeblich bevorstehende Annäherung Rumäniens an die Sowjetunion hervor. Das Blatt erklärt, daß die Stellung der Sowjetunion zur Bessarabischen Frage, die mit genügender Klarheit auf der Wiener Konferenz heroortreten sei, unverändert bleibe. Die Sowjetunion werde niemals mit einer Regelung der Bessarabischen Frage auf der Grundlage der Anerkennung der Annexion Bessarabiens einverstanden sein.

Budapester Prozeßführung.

Der Sekretär des Windischgrätz schon umgefallen.

Budapest, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Im zweiten Frankenscher-Prozeß gab es am Dienstag eine Sensation. Der Sekretär des Prinzen Ludwig Windischgrätz, Desiderius Kaba, zog seine vor dem Strafgericht gemachten Aussagen zurück, in denen er den Ministerpräsidenten und verschiedene andere hohe Persönlichkeiten schwer belastet. Auf die Frage des Vorsitzenden, was ihn bewegen habe, die Regierung und den Feldbischof Zadrawecz zu verleumdern, antwortete Kaba: „Von den meisten Dingen habe ich nur indirekt gehört; ich habe meine Aussagen im guten Glauben gemacht. Ich stand nun mit meinem Rechtsanwalt Dr. Telek in Verbindung, der mir meine Aussagen suggerierte.“ Der Vorsitzende erklärte, der Feldbischof Zadrawecz habe beidigt (als Angeklagter?) Red. d. B.), daß er an der Sortierung der roten nicht teilgenommen und überhaupt nicht gewußt habe, was in der bei ihm deponierten Kiste war. „Ich glaube nicht“, betonte der Vorsitzende, „daß ein Bischof einen falschen Eid ablegen würde.“ Kaba, der vor dem Strafgericht von dem demokratischen Rechtsanwalt Telek verteidigt wurde, wird jetzt vor der „Königlichen Tafel“ von dem rechtsradikalen Rechtsanwalt Schwej, dem Bruder eines der Angeklagten, vertreten.

Baumstämme gegen Otto Wels. Durch die Rechtspresse geht eine Geschichte, die dem Genossen Otto Wels im Anfang der neunziger Jahre, also vor mehr als 30 Jahren, passiert sein soll. Damals habe er in einer Heimarbeiterinnerversammlung gesprochen und sei durch den Hinweis auf die Löhne, die seine Frau als Inhaberin einer Arbeitsstube gezahlt hätte, derart abgeführt worden, daß ihm nichts anderes übrig geblieben sei, als zu verschwinden. Sogar die Reden, die in jener Versammlung gehalten worden sein sollen, werden anscheinend wörtlich wiedergegeben. Schade nur, daß diese ganze Verleumdungsgeschichte mit all ihrem Drum und Dran vollständig irreführend ist.

Auf Rechnung.

Der alte Herr Geheimrat mit der Aktentasche unter dem Arm geht mit einem Kollegen zum üblichen Frühstück in das Stammweinstaurant. Ein Duzend Lustern, eine Platte illustrierte Lederbissen, einige Gläschen Chablis, sicherlich „beheidenere“ Appetitanreger, werden bestellt. Man unterhält sich über die schlechten Zeiten, den — Gott sei es geklagt! — entsetzlichen Mangel und Rückgang an patriotischem Geist, plaudert begeistert über ehemalige feudale Diners und Liebesmähler bei „Grafens“ und „Hohelien“. Der Ober präsentiert schließlich die Rechnung mit einer Summe, von der sonst eine Arbeiterfamilie die ganze Woche leben muß. Mit hochmütig lässiger Bewegung schiebt der hohe Herr sie zur Seite. „Auf Monatsabrechnung!“ Berlegen räuspert sich der Kellner. „Berzeihung, Herr Geheimrat, infolge der großen Außenstände und der wirtschaftlichen Depression sind wir leider nicht mehr in der Lage, zu kreditieren.“ Und der Herr Geheimrat: „Was soll das heißen? Nicht mehr auf Rechnung? Das wird ja immer toller!“ Und verläßt mit einem puterrotten Kopf das „schöne“ Lokal, nachdem der Herr Kollege die „Kleinigkeit“ ausgelegt hat.

Vor einem Kaufhaus steht eine Arbeiterfrau mit ihrem engbrüstigen, bleichluchtigen Töchterchen. Wie lange hat das Mädchen sich auf den Saisonverkauf gefreut, damit sie endlich ein Sommerkleid erhält. Zwar hat es ein paar Tage dafür „knappe“ Kost gegeben. . . . „Ritter, wie herrlich ist dieser Stoff, und so billig! 85 Pfennig das Meter!“ „Kind, das geht mir am Haushaltungsgeld ab.“ Schwere Herzens bereitet die Mutter ihrem Kinde die Freude. Neben ihnen stehen zwei „Damen“. „Fräulein, irgend einen billigen Fegen. Er soll ja „nur“ für das Dienstmädchen sein.“ — „Welche Farbe, gnädige Frau?“ — „Ganz gleich. Nicht zu auffallend. Es ist sowieso ein Skandal, daß das Personal diese Leute, sich einbilden, sich wie unseres Kleiden zu dürfen! Wir kaufen natürlich nicht in Saisonverkäufen.“ Väterlich bedient das Fräulein die „Herrschaften“. Ob sie noch Prozente erhalten für die Barzahlung, fragen die „Damen“ und gehen während weiter, als das verneint wird, und landen schließlich in einem Spezialmodehaus, um dort ihre Einkäufe zu machen. Ohne Rabatt, natürlich das Beste, Teuerste und — auf Rechnung. . . .

Hilfe für die hungernden Künstler.

Der Berliner Magistrat bewilligt 50 000 M.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 12. August 1926 beschlossen, zur Linderung der Not unter den erwerbslosen Künstlern einmalig die Summe von 50 000 M. zur Verfügung zu stellen. Die Kunstdeputation ist ermächtigt worden, wegen der Verwendung dieser Summe mit der Künstler-Werkhilfe in Verbindung zu treten und endgültig über die Verausgabung der Mittel zu verfügen.

Familiendrama in der Fehmarnstraße.

Aus Gram in den Tod gegangen.

Aus Gram über das Treiben ihres Mannes versuchte in der vergangenen Nacht die 32 Jahre alte Ehefrau Martha Kallweit in der Fehmarnstraße ihr drei Jahre altes Töchterchen Hildegard zu erschlagen und erhängte sich dann. Das Kind kam mit dem Leben davon. Kallweit war früher Eisenbahnarbeiter, wegen Diebstahls von Eisenbahngütern wurde er wiederholt bestraft und zuletzt zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Gegenwärtig schwebt noch ein anderes Verfahren gegen ihn. Er wird beschuldigt, an der Hamburger Straße heimlich Güterwagen betrogen und Waren hinausgeworfen zu haben, um sie später abzuholen. Verschiedene Diebstähle hat er auch zugegeben. Er behauptete aber, daß er von anderen dazu verleitet worden sei. Seine Frau klagte dieser Dinge wegen den Nachbarn schon öfter ihr Leid. Heute früh um 4 Uhr kam die kleine Hildegard aus der Wohnung heraus zu Nachbarn gelaufen. Sie hatte eine Schlinge um den Hals und sagte, Mutter habe sie an das Bett gebunden. Nichts Gutes ahnend, gingen die Nachbarn in die Wohnung hinein und fanden Frau Kallweit tot auf. Die Leiche wurde nach dem Schauhaule gebracht. Wie die Feststellungen der Kriminalpolizei ergaben, hatte die Mutter dem Töchterchen eine Schlinge um den Hals gelegt, aber wohl nicht den Ritz gehabt, sie selbst fest zuzuziehen. Sie hatte nun die Schlinge am Bettpfosten befestigt und wohl erwartet, daß das Kind, wenn es sich rühre und vielleicht aus dem Bett falle, sich selbst erhängen werde. Bei den Bewegungen der Kleinen aber war ein Zipfel des Kopftiffens zwischen die Schlinge geraten, und die Schnur hatte sich gelöst, so daß sie aufstehen und zu den Nachbarn laufen konnte. Das gereizte Kind wurde bei Verwandten untergebracht.

Ein gefährlicher Bettler.

Von einem Bettler überfallen und schwer verletzt wurde gestern abend ein Kaufmann aus der Königin-Luise-Strasse zu Dahlem. Bei ihm sprach noch um 8 Uhr abends ein junger Mann um eine Unterstüßung vor. Er sah ziemlich heruntergekommen aus, erzählte, daß er stellungloser Kaufmann sei und berief sich auf eine Dame, die ihn an den Kaufmann empfohlen habe. Dieser war nicht abgeneigt, eine Unterstüßung zu geben, wollte sich aber bei der bezeichneten Dame, die nur ein paar hundert Schritte von ihm entfernt wohnt, erst näher nach dem Bittsteller erkundigen. Er hat den jungen Mann, gleich mitzukommen. Unterwegs fragte er seinen Begleiter nach ahnungslos nach diesem und jenem, bis dieser in den Anlagen am Hirschsprung ihm plötzlich einen Stoß vor die Brust und mit einem faulgroßen Stein, den er ohne Zweifel in der Tasche gehabt hatte, einen Schlag auf den Kopf verleiht, so daß er eine klaffende Wunde erlitt. Augenblicklich von dem Hieb benommen und durch das in das Gesicht herunterfließende Blut verblindet, konnte der Kaufmann den Angreifer, der es ohne Zweifel auf einen Raub abgesehen hatte, nicht fassen. Weil er aber auch nicht zusammenbrach, so sah sich der Räuber doch veranlaßt, die Flucht zu ergreifen und verschwand in den Anlagen. Es ergab sich, daß er bei der Dame gar nicht gemeldet war, sondern auf seiner Bettelsahrt nur ihren Namen vom Schild abgelesen hatte. Der Flüchtige ist noch nicht ermittelt. Er ist etwa 21 Jahre alt und trug ein braunes Jackett, abgeriffene schwarze Stiefel und einen schwarzen weichen Hut.

Ein Anschließpropagandafilm. Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund ladet zu der Vorführung eines Anschlußfilms ein, der zum ersten Male Freitag, den 20. d. M., um 7 und 9 Uhr abends, im Gloria-Palast, Kurfürstendam, unter dem Titel „Wien-Berlin“ herausgebracht wird. Die Grundtendenz dieses Spielfilms bringt den Zusammenhangswillen Oesterreichs und Deutschlands zum Ausdruck. Die erste Vorführung wird durch musikalische Darbietungen künstlerisch umrahmt sein.

Vorsicht beim Baden im Stöhenssee.

Der südliche Teil des Bihelwerders wird, besonders des Sonntags und bei warmer Witterung, von Tausenden zum Zwecke des Badens aufgesucht. Das Baden an der sogenannten Badewiese ist aber im höchsten Grade gefährlich, weil der Boden des Stöhenssees gerade an dieser Stelle bereits ganz nahe am Rande im erheblichen Tiefe — 3 bis 4 Meter — abfällt. Es ist deshalb auch bereits eine größere Zahl von Todesfällen durch Ertrinken, im vorigen Sommer 7, zu beklagen gewesen. Um die Bevölkerung zu warnen, sind Tafeln aufgestellt worden, bis die in Angriff genommene Frage der Errichtung eines jagdmäßig aus-

gebauten Freibades ihre Erledigung gefunden hat. Es liegt im eigenen Interesse der Bevölkerung, dafür zu sorgen, daß die Warnungstafeln Beachtung finden; auch wird den Besuchern des Bihelwerders ans Herz gelegt, von sich aus dafür zu sorgen, daß diese schöne Stelle unseres Havelufers nicht von rücksichtslosen Weuten beschmutzt und durch weggeworfenes Papier verunreinigt wird.

Raubüberfall im Zuge Berlin—Bentschen.

Der Täter auf der Flucht überfahren.

Heute morgen um 4 1/2 Uhr fand bei Erkner ein Streckenwärter auf dem Gleise einen jungen Mann mit abgesetztem Kopf anfallen. Der Tote wurde nach der Halle des Rahnsdorfer Friedhofes gebracht und aus den Papieren festgestellt als der 24 Jahre alte, aus Budow gebürtige Gärtner Walter Brohm.

Gleichzeitig kam die Nachricht, daß gestern nacht ein Zug auf der Strecke Berlin—Erkner durch Rotbremse angehalten wurde. Wie wir schon erfahren, war der durch die Rotbremse angehaltene Zug nicht ein Borortzug Erkner—Potsdam, wie man ursprünglich annahm, sondern der Zug 208, der von Bentschen kam und kurz nach 2 Uhr durch Erkner durchfuhr. In einem Abteil 2. Klasse dieses Personenzuges saß allein eine 47 Jahre alte, aus Treseer bei Darmstadt gebürtige Frau Alice Tye geb. Handke. In der Höhe von Rahnsdorf betrat plötzlich ein junger Mann, der sich durch eine dunkle Brille unkenntlich gemacht hatte, mit einer Pistole in der Hand das Abteil und forderte die Frau auf, ihr Geld herauszugeben. Die zu Tode Erstickene reichte ihm die Handtasche und versicherte, daß sie weiter nichts habe, als was diese enthalte. Der Räuber durchsuchte die Tasche, rief dann der Dame die Ringe von den Fingern und nahm ihr auch noch die Brille weg. Auf ihre dringende Bitte gab er ihr jedoch diese wieder zurück. Dann zog er die Rotbremse und sprang nach der verkehrten Seite aus dem Zuge, als dieser schon etwas langsamer fuhr. Als der Zugführer in das Abteil kam, berichtete die Dame ihm kurz, was ihr zugefallen war. Der Zugführer gab eine entsprechende Notiz bei der Ankunft auf dem Schleifens Bahnhof ab. Diese kam erst mit Verspätung in die Hände der zuständigen Behörde. Der Zugführer war unterdessen schon nach Bentschen zurückgefahren, und die betraute Dame hatte auf der Durchreise Berlin ebenfalls schon wieder verlassen.

Verfehlungen eines Potsdamer Geistlichen.

Aus Potsdam wird berichtet: Pfarrer Gruben von der Auferstehungsgemeinde in Potsdam hat plötzlich sein Abschiedsgesuch einreichen müssen. Gruben, der im 65. Lebensjahr steht, verheiratet und Vater von fünf Kindern ist, unterhält seit einiger Zeit ein Verhältnis mit einer 21jährigen Kinderhortnerin seiner Gemeinde. Als die häufigen „Waldspaziergänge“ des Seelsorgers mit der jungen Hortnerin Stadtgespräch wurden, soll Gruben die Zusammenkünfte mit der Hortnerin nach der Sakristei verlegt haben. Die Potsdamer Kriminalpolizei beschäftigt sich schon seit einiger Zeit mit den Verfehlungen des Geistlichen. Anscheinend rügt man einen großen Skandal; denn der Seelsorger, der noch vor einigen Tagen sehr trinkfest in der Kneipe war, ist in eine Nervenklinik nahe der tschechischen Grenze geschickt worden.

Ein Achtzigjähriger. In voller Rüstigkeit feiert heute unser Genosse Theodor Schlichtert, Bismarckstr. 38, seinen 80. Geburtstag. In seinem arbeitsreichen Leben war es ihm vergönnt, den Kampf und das Ringen der Arbeiterklasse mitzuerleben, und selbst in vornehmer Reihe mitzufämpfen. Im Laufe seiner Berufscollegen hat sein Name in seiner Vaterstadt Kärstern vor und während des Sozialistenreiches einen guten Klang. Nach dem Fall desselben kam Theodor Schlichtert nach Berlin und wirkte als Funktionär auch in der Partei. Bis auf den heutigen Tag nimmt er regen Anteil an unserer Arbeit, als Beispiel treuer Pflichterfüllung.

Die Kommunisten veranstalteten am Dienstagmorgen wieder mehrere Straßendemonstrationen der Erwerbslosen, die ohne ernstlichere Zwischenfälle verlaufen sind. Am Brunnenplatz auf dem Wedding hatten sich einige hundert Erwerbslose eingefunden, die nach drei Ansprachen erwachsener und jugendlicher Kommunisten mit Fahnen und Plakaten wie: „Wir fordern Arbeit und Brot, keine Gumminäpfe!“ und „Heraus mit den Parasiten aus den Palästen, schafft Rätter- und Ledigenheime“ durch die Straßen des Wedding zum Hundsdorferpark marschierten. Hier kam es zu einer geringfügigen Schlägerei, die durch das Eingreifen eines Polizeikommandos bald beendet wurde. Die Kundgebung auf dem Unionplatz war von etwa 150 Demonstranten besucht. Nach einem kurzen Referat wurde die Kundgebung beendet, ohne daß ein Umzug durch die Straßen stattfand. Es scheint, daß auch die Erwerbslosen merken, daß ihnen das tägliche Demonstrieren keine Arbeit bringt.

Betriebsunfall in Tempelhof. Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich heute vormittag in den Eisenbahnbetriebswerkstätten am Sachsenplatz 47 zu Tempelhof. Der 46jährige Arbeiter Hermann Heppner aus der Krossener Str. 17 zu Köpenick kam der Startrichtung zu nahe und wurde schwer verbrannt. Der Verunglückte wurde mit einem Wagen des Städtischen Rettungsdienstes in das Schöneberger Krankenhaus gebracht.

Todessturz aus dem Fenster. In einem Unfall von Schwermut stürzte sich in der vergangenen Nacht die 35 Jahre alte Ehefrau Gertrud Hirsch aus einem Fenster ihrer im vierten Stock des Hauses Heimstedter Straße 12a gelegenen Wohnung auf den Hof hinab. Sie wurde mit einem Schädelbruch und gebrochenem Rückgrat in das Köpenick-Krankenhaus gebracht, wo sie ihren Verletzungen kurz nach ihrer Einlieferung erlegen ist.

Schwerer Bauunfall im Leunawerk.

Zwei Arbeiter getötet.

Heute früh ereignete sich im Bau 281 des Leunawerks bei Merseburg ein schwerer Bauunfall. Einige Arbeiter waren mit dem Abbau eines eisernen Trägers beschäftigt, als dieser sich plötzlich lockerte und aus einer Höhe von 25 Metern herabstürzte. Fünf Arbeiter stürzten mit ab, von denen zwei getötet und zwei andere schwer verletzt wurden. Ein Arbeiter kam mit geringen Verletzungen davon.

Banditen verhindern die Rettung Schiffbrüchiger.

Einer Meldung der „Daily Mail“ aus Peking zufolge ist auf einem japanischen Dampfer zwischen Hankau und Schanghai Feuer ausgebrochen, es wurde der Versuch unternommen, das Schiff auslaufen zu lassen, um das Leben der Passagiere zu retten. Banditen ließen die Passagiere nicht landen und drohten, sie zu erschließen oder gefangen zu nehmen. In den vier Stunden bis zum Eintreffen eines japanischen Kanonenbootes kamen 50 Passagiere in den Fluten ums Leben.

Pilzvergiftungen. In Rheinhausen bei Duisburg erkrankte eine Familie an Pilzvergiftung so schwer, daß zwei Kinder im Alter von 3 und 7 Jahren gestorben sind. Die Hausfrau selbst, die erst vor einigen Tagen niedergekommen war, hatte das gefährliche Pilzgericht zubereitet. Der Vater und ein Kind liegen hoffnungslos im Krankenhaus.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

5. Abt. Am 13. August verstarb nach langem Leiden im Alter von 67 Jahren unser Genosse Franz Rühl. — Begräbnis morgen, Donnerstag, den 18. August, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Bismarck-Friedhofes in Bernauer bei Berlin. — (Verbindung: Städtische Beerdigung bis Trauhaus.) — Die Leiche um rege Beteiligung.

Gewerkschaftsbewegung

Unverschämtheiten reaktionärer Scharmacher.

Was die Ruhrindustriellen mißbilligen.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ der Ruhrindustriellen, die die 700 Millionen Ruhrrentschädigung gelockt haben, entrüßt sich in einem Leitartikel darüber, daß aus staatlichen Mitteln einige hunderttausend Mark für Bildungszwecke ausgegeben werden, die den Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären zugute kommen. Angefächelt der Tatsache, daß man unter den verschiedensten Formen den Agrariern wie den Großindustriellen Millionen und Milliarden in den Rücken wirft, ist es wirklich ein starkes Stück, selbst von diesem Unternehmerblatt, die paar Kröten vorzurechnen, die der Staat ausgibt, um die Betriebsräte, die gefälligst vorgeschriebene Aufgaben zu erfüllen haben, in die Lage zu versetzen, diesen Gelehen zu genügen. Es ist wirklich bezeichnend für das Kulturniveau dieser Unternehmerkreise, daß sie sich darüber entrüsten, daß der Staat etwas tut, um den Bildungsgrad des Volkes zu heben.

Darüber hinaus hebt dieses Unternehmerblatt eine bewegliche Klage darüber an, daß die Behörden die von den Unternehmern ausgehaltenen und protegierten gelben Organisationsformen noch immer nicht als unabhängige Gewerkschaftsorganisationen anerkennen. Dabei wissen gerade die Unternehmer am besten, daß diese gelben Organisationen trotz aller Hilfe der Unternehmer völlig bedeutungslos sind und daß sie bei Wahlen in den öffentlichen Vertretungskörperschaften nirgends auch nur ein Mandat erreichen würden.

Geradezu grotesk wirkt es aber, wenn die „Deutsche Bergwerkszeitung“ die sozialen Ausgaben für Erwerbslosen, Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung als eine „Förderung der Gewerkschaften“, ja geradezu als eine direkte finanzielle Unterstützung der Gewerkschaften hinstellt und behauptet, daß diese Unterstützungen vielfach unmittelbar gewerkschaftspolitischen Zwecken dienstbar gemacht werden. Also die Arbeiter sollen wohl Beiträge zu diesen Einrichtungen, sie sollen Steuern an den Staat zahlen, der Zuschüsse zu den verschiedenen sozialen Einrichtungen leistet, sie sollen aber im Falle der Krankheit, der Arbeitslosigkeit usw. betteln gehen!

Wenn die „Deutsche Bergwerkszeitung“ darauf hinweist, daß die Ostkrankenstellen „unter freigewerkschaftlichem Einfluß“ stehen, so ist wohl die Frage erlaubt, ob etwa die Arbeiterschaft, die zwei Drittel der Krankenkassenbeiträge aufbringt, die Unternehmer mit ihrer Betretung beauftragen soll? Ist es etwa den Unternehmern jemals eingefallen, mit der Betretung ihrer Interessen — und Gott weiß, daß sie diese nicht vernachlässigen! — die Gewerkschaften zu beauftragen? Besonders hübsch ist aber folgender Satz:

„Besonders bedenklich bei allen diesen Dingen ist die Tatsache, daß in vielen Gewerkschaften ein sehr starker kommunistischer Einfluß vorhanden ist; es ergibt sich also die vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus mehr als eigenartige Tatsache, daß mit staatlichen Mitteln und staatlicher Förderung Agitatoren gegen die staatliche Autorität großgezüchtet werden.“

Das schreibt ein Blatt der Großindustriellen, die mit staatlichen Mitteln und nicht zu knapp gefördert werden und gleichzeitig aus ihrer staatsfeindlichen monarchistischen Gesinnung keinen Hehl machen. Es sind dieselben Leute, die jene nationalsozialistischen Abenteuer und Bemühungen finanzieren, die sich erfreuen, den Trägern der Republik, die republikanischen Gewerkschaften, ihre angeblich staatsfeindliche Gesinnung vorzuhalten. Diese gehäuschten Unverschämtheiten beweisen nur, daß die Republik ihren geschworenen Feinden gegenüber sich viel zu großmütig zeigt.

Kommunistische Fraktionsbureaucratie.

Registrieren statt revolutionieren.

Zammernd stehen die Jünger Moskows am Grabe ihrer Hoffnungen. Das Schmerzenskind ihrer Bewegung sind die Betriebsräte. In allen ihren Berichten und internen Versammlungen werden Parolen und Rezepte herausgegeben, wie man die Betriebsräte vor ihrem im Sumpf stehenden geliebten Parteifarren spannen könnte, um ihn wieder flott zu machen.

Im „Parteiarbeiter“ Nummer 8 vom August 1926 ist unter dem Titel „Betriebsrätebewegung“ eine ganze Blütenlese von Parolen zusammengestellt. Es heißt da:

„Zunächst ist es notwendig, daß auch in den Betriebsräten, genau wie in den Gewerkschaften, Fraktionsarbeit geleistet wird. Hierzu sind erstens in den einzelnen Betriebsräten selbst und in der örtlichen Betriebsräteorganisation des ADGB, für deren Wiederaufrichtung wir zähe arbeiten müssen, durch Zusammenfassung der kommunistischen Betriebsräte Fraktionen zu bilden. Die kommunistischen Mitglieder der bezirklichen Organe der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale bilden ebenfalls eine Fraktion und leiten gleichzeitig die Fraktionsarbeit unter Kontrolle der Gewerkschaftsabteilung des Bezirkes im Bezirksratsstabe.“

„Überall Fraktionen“. Das ist die Einheitsfront, die die KPD propagiert. Die armen KPD-Gewerkschaftsfunktionäre, zumal wenn sie Betriebsräte sind, können einem jetzt schon leid tun. Sie werden vor lauter Fraktionsarbeit überhaupt keine praktische Tätigkeit mehr ausüben können. Am meisten zu bedauern sind freilich die Belegschaften, deren Interessen diese fraktionellen Betriebsräte vertreten sollen. Weiter heißt es da:

„Die Fraktion im Betriebsrat arbeitet unter der Leitung der Betriebszelle. Die örtliche Betriebszellefraktion, die sich in größeren Städten nach Industriegruppen gliedert, untersteht der örtlichen Fraktionsleitung. Außerdem sind, soweit notwendig, die kommunistischen Betriebsräte innerhalb großer Industriezonen zu Fraktionen zusammenzufassen, die unmittelbar der Bezirksgewerkschaftsabteilung unterstehen. Die Parteileitungen haben die Verpflichtung, die kommunistischen Betriebsräte zu registrieren, ihre Adressen zu sammeln, damit eine schnelle unmittelbare Verbindung ermöglicht wird, und die Fraktionen zu bilden. Zur Information und Schulung sollen möglichst oft örtliche und bezirkliche Konferenzen der kommunistischen Betriebsräte stattfinden. Zur Leitung der Arbeit unter den Betriebsräten ist ein Mitglied der Gewerkschaftsabteilung zu bestimmen, das sich geeignete Mitarbeiter sichern muß.“

Wenn sich da die Betriebsräte noch zurechtfinden! — In Wirklichkeit sieht es heute so aus, daß die KPD in den meisten Betrieben

13.—18. Sept.: Internationale gewerkschaftl. Agitationswoche

19. September:

Vierteiljahrhundertfeier der internationalen Gewerkschaftsbewegung

keine genügenden Gewerkschaftskommunisten findet, um — wie sie es verlangt — die freigewerkschaftliche Liste paritätisch besetzen zu können.

In den weiteren Absätzen dieser Anweisung wird gefordert, Anträge zu stellen, bei den örtlichen Leitungen der Gewerkschaften auf Bildung freigewerkschaftlicher Betriebsrätezentralen, Einberufung von Betriebsrätevollversammlungen, Bildung einer Reichsbetriebsrätezentrale, Stellungnahme zur Rationalisierung, zur Erwerbslosenfrage, Bildung von Einheitskomitees, und endet dann in folgendem Schlußsatz:

„Die Partei wird bei richtiger Anwendung der Arbeit unter den Betriebsräten zweifellos einen weiteren energischen Schritt auf dem Wege der Organisierung der proletarischen Revolution tun.“

Was so steht die „Organisation der proletarischen Revolution“ aus! Registrieren, fraktionieren, referieren, Anträge formulieren. Diese bürokratischen Sektierer haben weder ein Gefühl für das, was revolutionär ist, noch eine Vorstellung davon, wie eine Revolution wird.

Eine Erklärung des AFA-Bundes.

Zur Verschmelzung der Beamtenorganisationen.

Der Vorstand des AFA-Bundes hat gestern abend zu den Einigungsverhandlungen der Beamtenorganisationen einen Beschluß gefaßt, der folgenden Wortlaut hat:

„Zu den Vorgängen in der Beamtenbewegung erklärt der AFA-Bund, daß seine Verbände einer etwaigen Fusion des Deutschen Beamtenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes äußerst skeptisch gegenüberstehen, da der Deutsche Beamtenbund es bisher bei allen Verhandlungen abgelehnt hat, mit den freien Arbeiter- und Angestelltenorganisationen einen ähnlichen Organisationsvertrag abzuschließen, wie er heute in ganz konkreter Form zwischen den freigewerkschaftlichen Spitzen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bereits besteht. Auch wird im AFA-Bund stark bezweifelt, daß der Deutsche Beamtenbund nach seiner ganzen Zusammensetzung auch nur bereit wäre, sich programmatisch einmündig für die Republik und gegen die Monarchie zu erklären, während der Allgemeine Deutsche Beamtenbund in dieser Verfassungsfrage vollkommen einwandfrei republikanisch eingestellt ist. Es ist nicht damit zu rechnen, daß etwa der Allgemeine Deutsche Beamtenbund eine Umstellung vorzunehmen bereit wäre, die einer Trennung von seinen bisherigen Bundesgenossen in den freien Gewerkschaften gleichkommt.“

Es ist fraglos, daß der Vorstand des AFA-Bundes bei der Beschlußfassung der vorstehenden Erklärung über diese Verhandlungen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und dem Deutschen Beamtenbund nur ungenügend informiert gewesen sein konnte. Es kann gar keine Rede davon sein, daß eine gewerkschaftliche Einheitsorganisation der Beamten sich nicht zur republikanischen Staatsform bekennt. Es ist ganz selbstverständlich, daß eine Vereinigung des ADGB und DBA nur unter einem ausdrücklichen Bekenntnis zur republikanischen Staatsform vollzogen werden kann.

Es ist ebenso selbstverständlich, daß eine solche Einigung nur auf gewerkschaftlicher Grundlage vollzogen wird. Damit ist zugleich ausgesprochen, daß sich die vereinigte Spitzenorganisation der Beamtenorganisationen in allen großen wirtschaftspolitischen Fragen eins fühlen wird mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten. In welcher Form diese grundsätzliche gewerkschaftliche Ideengemeinschaft ihren Ausdruck finden wird, ist eben Gegenstand der Verhandlungen. Man kann wohl in die Vertreter des ADGB das Vertrauen setzen, daß sie bei diesen Verhandlungen weder ihre republikanische Überzeugung noch ihre gewerkschaftlichen Grundsätze verleugnen werden. Gewiß gibt

es im DBA Kräfte, die nicht gerade entzückt sind von diesen Einigungsverhandlungen. Aber gerade das sollte als Bemerkung gelten, daß diese Verhandlungen in gewerkschaftlichen Geiste geführt werden.

Minimallöhne in Sowjetrußland.

Sie sind wirklich sehr minimal.

Der „Trud“ vom 5. August 1926 Nr. 178, schreibt: „Das Arbeitskommissariat der UdSSR hat für die Zeitspanne von Juli bis September dieses Jahres die Minimallöhne wie folgt festgelegt: für den ersten Bezirk 10 Rbl., für den zweiten 9 Rbl., für den dritten 8 Rbl., für den vierten 7 Rbl. 50 Kop. und für den fünften Bezirk 7 Rbl. Kein staatliches oder privates Unternehmen darf für die normale Arbeitszeit weniger zahlen, als die hiermit festgesetzten monatlichen Minimallöhne.“

Die praktische Bedeutung dieser gesetzlichen Minimallöhne dürfte sehr gering sein, denn soweit bekannt, sind selbst die schlechtesten Löhne höher als diese Minimallöhne. Immerhin ist es möglich, daß in abgelegenen Gebieten Löhne gezahlt werden, die dem niedrigsten Existenzminimum nicht entsprechen. Die Festlegung von gesetzlichen Minimallöhnen hat wohl den Zweck, dem vorzubeugen. Seiner Kaufkraft nach ist der Rubel gegenwärtig ungefähr einer Reichsmark gleichzusetzen, denn die Wertung beträgt in Rußland im Durchschnitt 100 Proz. im Vergleich zur Vorkriegszeit, so daß jetzt ein Rubel ungefähr soviel wert ist, wie ehemals 50 Kopfen. 50 Kopfen waren aber annähernd der Kaufkraft nach gleich einer Reichsmark. Man kann daraus ersehen, was es bedeutet, wenn die Sowjetregierung Monatslöhne von 7 bis 10 Rubel für zulässig erklärt.

Die Arbeitslosigkeit in Leningrad.

Nahezu zwei Drittel der Arbeiterschaft arbeitslos.

„Trud“ vom 6. August 1926 Nr. 179 meldet: „Leningrad, 5. August. Am 1. August betrug die Zahl der bei der Arbeitsbörse registrierten Arbeitslosen 144 359 gegen 139 126 am 1. Juli. Unter den Arbeitslosen befinden sich 68 250 Gewerkschaftsmitglieder.“

Danach muß die Arbeitslosigkeit sehr bedeutend sein, denn nach einer vorläufigen Statistik vom 1. Juli 1926, die aber auch für die Gegenwart zutreffend sein dürfte, zählte man im ganzen Leningradischen Gouvernement 213 900 Arbeiter und Angestellte (siehe „Die Arbeit in der Ud.S.S.R.“), herausgegeben vom Ob. Volkswirtschafts-Rat 1926, Seite 18). Es sind demnach nahezu zwei Drittel der Arbeiter und Angestellten von Leningrad arbeitslos. Ob man das der deutschen „Arbeiterdelegation“ erzählt hat?

Italien gegen die ausländischen Arbeiter.

Das faschistische Gewerkschaftsrecht.

Chiasso, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Die faschistische Gewerkschaftsverordnung, die in der „Gazzetta Ufficiale“ veröffentlicht worden ist, setzt in ihrem ersten Artikel fest, daß den Gewerkschaften nur solche Mitglieder angehören können, die „von guter moralischer und politischer Führung vom nationalen Gesichtspunkte“ sind. Das heißt also mit klaren Worten, daß alle die, die vor dem Faschismus den Rücken nicht gebeugt haben, den Körpergehalten nicht angehören können und zum Hungern verdammt sind.

Der Artikel 2 derselben Verordnung befaßt sich mit der Lage der ausländischen Arbeiter in Italien usw. hat, wie der „Corriere degli Italiani“ dazu bemerkt, eine wichtige Bedeutung, da nunmehr, da ein Gegenseitigkeitsvertrag zwischen Frankreich und Italien besteht, von französischer Seite aus darauf Bezug genommen werden kann, um die gewerkschaftliche Organisation der italienischen Einwanderer in Frankreich zu verhindern. Dieser Artikel 2 sagt wörtlich: „Die in Italien seit mindestens zehn Jahren wohnen, können als gesetzlich anerkannte Mitglieder in die gewerkschaftlichen Organisationen eintreten. Jedoch können sie zu keiner Charge oder leitenden Funktion ernannt oder erwählt werden.“

Die Regierung Mussolini kann sich die Anwendung dieser Behinderungsformel ersparen, um so mehr, als die Zahl der ausländischen Einwanderer in Italien kaum der Rede wert ist. Die in diesem Artikel ausgesprochene Maßnahme wird die mißliebigen Wirkungen für die im Ausland eingewanderten italienischen Arbeiter haben, da sie ihnen das gewerkschaftliche Recht verwehrt und sie allen daraus entstehenden Folgen aussetzt.

Am 11. Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes! Sammelstellen für die englischen Bergarbeiter sind den Beitragsamtlern zugegangen. Die Vertrauensleute und Betriebsräte können dort und im Bureau, Rungestraße 30, Zimmer 8, Listen erhalten. Im Interesse der Sache ist reger Gebrauch davon zu machen.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Arbeitsamt für Politik: Dr. Curt Geget; Wirtschaft: Ernst Seemann; Gewerkschaftsbewegung: J. Strömer; Familienrat: Dr. John Schlotzki; Polizei und Soldaten: Erik Korbath; Anzeigen: H. Wied; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend, 9—7 Uhr

Ständ. Lager von ca. 1000 Teppichen

Brücken, Vorlagen, Tisch- u. Diwan-Decken, Läuferstoffen, erstklass. Fabrikate zu billigen Engros-Listenpreisen.

Viele einzelne Muster-Teppiche auch in großen Exemplaren wie ca. 40% ermäßigt.

Nachstehend einige Beispiele der billigen Preise:
350 x 450, 350 x 500, 400 x 500 und 600 x 800
Imit.-Bouclé-Teppiche 20 x 300 19.-, 250 x 350 32.-, Deutsche Perser-Teppiche 200 x 300 25.50,
250 x 350 48.-, 300 x 400 68.-, Arminster Ganz besondere Gelegenheit. Extra pr. Velours, schwerste
200 x 300 68.-, 300 x 400 158.- usw. Quantität, 250 x 350, statt 138.- nur 87.-, Jaqu. Bouclé 250 x 350 statt 107.- nur 65.-, 300 x 400 statt 148.- nur 89.-

Größtes Teppichlager. Seit 30 Jahren in Berlin-Schöneberg, nur Hauptstr. 5. Bitte Hausnummer zu beachten.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 65 25 u. 65 26 Landhausstraße 4, Tel.: Plötzburg 9631

Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Köpenick 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs
zu kulantem Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften

Trauringe
zu billigsten Preisen
In den gediegensten Ausführungen
= Schöde ca. 3000 St. auf Lager =
Preisliste gratis
Ges. geschützt Hermann Wiese, Berlin N 24, Artilleriestr. 30
N 24, Artilleriestr. 30
W. Passauer Straße 12

Für Sommer- und Kinderlesle
Papiermützen, Scherzsachen, Illuminationsartikel,
Feuerwerk, Wadsladeln, Tombola-Sortiment,
Lose - Nieten, Nummernblöcke
Große Auswahl, Billigste Preise.
Pohl & Weber Nachf.
Spittelmarkt 4-5 Nr.
Verlagt Sommerpreisliste Nr. 5
Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamt-Anzeige billig!

Ischias
Einen gesunden Schlaf
und damit eine Strählung des ganzen Nervensystems erzielen Sie durch den echten „Baldravin“
Balsamum, gleich unter Nr. 842 681.
Er enthält sämtliche Extraktstoffe der Baldrianwurzel in frischem Süßweinstein. Alle Nachahmungen, die als edellogisch angebein werden, werfe man entschieden zurück. — Sie haben in Apotheken und Drogerien.
Geschützt:
Otto Stumpf A.-G., Chemnitz.

Du machst Etappe Gent
von Heinrich Wandt
Zweites Hunderttausend, Druckfarbig, stark karionisiert 2.50 M.
Zu beziehen durch alle Literaturstellen und Buchhandlungen oder direkt durch den
Agis-Verlag, Berlin NW 87
Wikinger Ufer 4